

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu

Wahlprüfsteinen der Bremer LandesAStenkonferenz

Studiengebühren

Welchen Standpunkt vertreten Sie gegenüber allgemeinen Studiengebühren?

Wie beurteilen Sie die bestehende Grundlage (das Bremer Studienkontenmodell) für die Erhebung der Studiengebühren?

Wie stehen Sie zu der Erhebung der Verwaltungsgebühren (Semesterbeitrag)?

Als Bündnis 90/DIE GRÜNEN setzen wir uns weiterhin für ein kostenfreies Erststudium, bestehend aus Bachelor und Master, ein. Aus Gründen der Chancengerechtigkeit sind wir grundsätzlich gegen Studiengebühren. Außerdem müssen Studierende – anders als andere Auszubildende – fast ausschließlich ihre Ausbildung selbst bezahlen. Auf Druck der Grünen wurden die Studiengebühren im Mai 2010 abgeschafft. Die sog. „Landeskinde-derregelung“ lief dann Ende 2010 nach fünf Jahren aus. Sie war von der großen Koalition eingeführt worden. Die große Koalition hat das „Bremer Studienkontengesetz“ im September 2005 gegen die grünen Stimmen verabschiedet. Danach wurden erstmalig zum WS 06/07 Studiengebühren in Höhe von 500 Euro von Studierenden, die außerhalb des Landes Bremen wohnen, erhoben. Diese Studiengebühren haben wir in der laufenden Legislatur abgeschafft.

Die Verwaltungsgebühr von 50 EUR pro Semester stellt sicher eine Belastung der Studierenden dar. Wir sind darüber zwar auch nicht besonders glücklich, halten sie aber für notwendig, um die Serviceleistungen für Studierende bei der Immatrikulation und der Prüfungsverwaltung zu verbessern. Viel wichtiger ist für uns, dass wir in Bremen das Studium frei von Studiengebühren halten.

Im Semesterbeitrag von 214 EUR pro Semester ist das Semesterticket von 105 EUR, der AStA-Beitrag von 9,50 EUR und Studentenwerksbeitrag von 50 EUR enthalten. Die Höhe der Beiträge wird im Verwaltungsrat des Studentenwerkes bzw. im Studierendenrat festgelegt. Da gibt es keine politischen Vorgaben.

Hochschulfinanzierung

Im Bildungswesen wird drastisch gespart. Wie viel soll/kann laut Ihnen der Staat und insbesondere das Land Bremen überhaupt noch in Bildung investieren (z.B. gemessen am Anteil des BIP)?

Rot-Grün hat in dieser Legislaturperiode trotz der Haushaltsnotlage einen Schwerpunkt auf den Bereich Bildung gelegt. Nachdem die große Koalition die Kürzungen im Hochschulgesamtplan V verabschiedet hat, haben wir dafür gesorgt, dass jährlich ein Betrag von 7,5 Mio. EUR in gute Lehre an die Hochschulen fließt. Gleichzeitig hat Rot-Grün aus dem Konjunkturprogramm II 8,7 Mio. EUR im Wissenschaftsbereich investiert und teilweise die Tarifsteigerungen übernommen. Wir werden uns weiter für gute Bildung einsetzen.

Halten sie die derzeitige Grundfinanzierung der Hochschulen für ausreichend?

Die Hochschulen im Lande Bremen sind im bundesweiten Vergleich unterfinanziert. Leider werden wir dies als Haushaltsnotlageland nicht kurzfristig ändern können. Uns Grünen ist es wichtig, ausreichend Studienplätze für junge Menschen zur Verfügung zu stellen. Wir haben die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht zu bewältigen. Bremen bildet weit über dem Bundesdurchschnitt aus, anders als Länder wie Baden-Württemberg, wo keine ausreichende Anzahl an Studienplätzen für deren Landeskinder zur Verfügung steht.

Was wäre für Sie der ideale Anteil an Drittmitteln innerhalb der Grundfinanzierung?

Wir freuen uns über jeden Euro, den die Hochschulen einwerben und der Lehre und Forschung zu Verfügung steht. Insbesondere die Hochschulpaktmittel vom Bund waren und sind eine große Hilfe für die Hochschulen. Deshalb kann ein idealer Anteil nicht benannt werden. Im Übrigen ist der größte Anteil der Drittmittel auch öffentliches Geld aus Steuermitteln.

Wie finden Sie die momentane Entwicklung an den Bremer Hochschulen, in der zunehmend Stiftungsprofessuren eingerichtet werden?

Grundsätzlich bietet das Einrichten von Stiftungsprofessoren die Möglichkeit die Spielräume an den Hochschulen zu erweitern und Lehre und Forschung zu befördern. Dabei muss sichergestellt sein, dass sie zu den Wissenschaftsschwerpunkten der Hochschulen passen und ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien über die Berufungskommissionen berufen werden sowie ihre Forschung und Lehre frei von Einflussnahme durch die Stifter ist.

Hanse Wasser-Hörsaal und Beluga-Boulevard: Wünschenswerte Finanzvision oder Untergang der akademischen Unabhängigkeit?

Diese Visionen stehen nicht zur Debatte.

Was wollen Sie konkret tun, damit der Zustrom der Studierenden im Kontext der doppelten Abiturjahrgänge (und der Aussetzung der Wehrpflicht) von den Hochschulen verkraftet werden kann? In Hinblick auf: a.) die Studienplatzkapazitäten, b.) die Verwaltung

Wir sind der Auffassung, dass die Abiturientinnen und Abiturienten des Doppeljahrgangs die gleichen Chancen auf einen Studienplatz haben müssen, wie die Jahrgänge zuvor. Dafür muss es ausreichende Studienkapazitäten geben.

Werden Sie den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung stellen? Wo wollen Sie das Geld hernehmen?

Hochschulfinanzierung ist gesamtstaatliche Aufgabe. Hier ist insbesondere die Bundesregierung gefordert. Mit der Finanzierung dürfen nicht die armen Länder allein gelassen werden. Dafür können auch Steuererhöhungen auf Bundesebene notwendig sein.

Ausländische Studierende

Was tun Sie dafür, finanzielle Chancengleichheit für ausländische Studierende zu garantieren (z.B. bezüglich BAföG, Stipendien)?

Wir Grünen halten die finanzielle Förderung von ausländischen Studierenden für eine wichtige politische Aufgabe in Zeiten europäischer und zunehmend globaler Bildungsmärkte. Unserer Ansicht nach profitiert unsere Gesellschaft in vielerlei Hinsicht von der Gegenwart möglichst vieler Studierenden aus anderen Ländern.

Als unsere zentrale Aufgabe begreifen wir es darüber hinaus, dass die Universitäten und Hochschulen im Lande Bremen die in unserer Gesellschaft vorliegende Vielfalt und damit verbundenen Potentiale verstärkt widerspiegelt und besser fördert. Unser Ziel ist es, dass der soziale Hintergrund in Zukunft weniger Einfluss auf den Bildungserfolg der StudentInnen hat.

Auf der bundespolitischen Ebene sprechen wir Grünen uns für die Öffnung des BAFÖGs aus, um die Idee eines einheitlichen europäischen Hochschulraums konsequent umzusetzen. Gleichzeitig sprechen wir uns seit langem dafür aus, dass ausländische StudentInnen nach ihrem erfolgreichen Studium eine bessere und sichere Aufenthaltsperspektive, Zugang zu Sozialleistungen und Integrationsangeboten bekommen.

Aus unserer Sicht ist es dringend geboten, dass ausländische Studenten mindestens 12 Monate Zeit bekommen, sich nach ihrem Studienabschluss einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen und nicht umgehend nach ihrem erfolgreichen Abschluss den Ausweisungsbescheid durch die Ausländerbehörde zugestellt bekommen.

Wie beurteilen Sie die zusätzlichen Hürden, die v.a. außer-europäischen Studierenden gestellt werden, wie das Sperrkonto oder kostenspielige Sprachtests (Testdaf)?

Wir Grünen sprechen uns gegen zusätzliche Hürden für Studierende aus dem außer-europäischen Ausland aus. Wir befürworten entsprechend die weitgehende rechtliche Gleichstellung aller ausländischen Studierenden, aber auch die Gleichstellung gegenüber den deutschen Studierenden. Formen der Diskriminierung durch zusätzliche Sprachtests und Sperrkonten von Drittstaatlern lehnen wir ab. Das Erlernen der deutschen Sprache zur Voraussetzung für ein Studium in Deutschland zu machen, ist aus unserer Sicht ein Anachronismus in Zeiten eines zunehmend englischsprachigen Universitätsystems. Darüber hinaus schrecken Hürden wie Sprachtests und Sperrkonten potentiell begabte StudentInnen aus dem Ausland ab, ein Studium in Deutschland aufzunehmen.

Was ist Ihrer Meinung zu der ständigen Ausweisungsbedrohung außer-europäischer Studierender zu sagen, vor allem, wenn sie nicht in der Regelstudienzeit fertig werden?

Wir Grünen halten es für dringend geboten, dass die teilweise schwierige Situation ausländischer Studierender bei der Beurteilung der Studienzeit stärker in Betracht gezogen wird. Ausländische StudentInnen sind mit verschiedenen spezifischen Problemen in ihrem Studium konfrontiert. Sie müssen nicht nur die deutsche Sprache erlernen und sich in einer für sie fremden Gesellschaft zurechtfinden, sondern auch für ihren Lebensunterhalt sorgen und den Sprung in ein anderes Universitäts- und Bildungssystem während des Studiums gewährleisten.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass in Zukunft ausländische StudentInnen nicht mehr wie bisher 6 Semester Regelstudienzeit zugesprochen bekommen bis zum Bachelor, sondern wie die deutschen StudentInnen auch mindestens 8 Semester Zeit erhalten bis zum ersten Studienabschluss.

Darüber hinaus fordern wir die Ausländerbehörde auf, ihre Ermessensspielräume bei der Beurteilung der Studienleistungen und Aufenthaltszeiten konsequent zugunsten der ausländischen StudentInnen zu nutzen.

Nach der Ausweisung folgt (häufig) die (endgültige) ‚Einreisesperre‘ für alle Schengen-Länder. Inwieweit würden Sie die Abschaffung dieser Sperre unterstützen?

Dies ist eine komplizierte europäische Rechtsfrage, der wir uns in der neuen Legislaturperiode verstärkt stellen wollen.

Geschlechter- und Familienpolitik

Was wollen Sie tun, damit die Diskrepanz zwischen Studentinnenzahlen im Vergleich zur Anzahl der Frauen

a.) beim Lehrpersonal

b.) in den MINT-Fächern und den typischen Frauenstudiengängen sinkt?

Bei der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes war uns Grünen die Förderung von Frauen besonders wichtig. Wir haben eine 40% Quote bei der Besetzung von Gremien einführt und die Frauenbeauftragten in ihren Rechten besser ausgestattet. Schon jetzt ist im Genderreport von CEWS abzulesen, dass wir bundesweit bei dem Anteil von Frauen bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und ProfessorInnen auf Platz drei stehen. Das ist in so kurzer Zeit ein guter Wert. Gleichzeitig haben wir bei den zusätzlichen Mitteln von 7,5 Mio. EUR für „Gute Lehre“ darauf geachtet, dass ein Teil für die Frauenförderung eingesetzt wird. Uns war es wichtig, dass Bremen an dem Professorinnenprogramm teilnimmt. Auch bei der Verteilung der Hochschulpaktmittel ist es uns ein Anliegen, dass Frauenförderung darin eine zentrale Rolle spielt. Was speziell den MINT-Bereich angeht, möchten wir, dass wir in der nächsten Legislaturperiode prüfen, ob wir weitere Frauenstudiengänge oder zumindest Module nur für Frauen einrichten. Der Erfolg des Frauenstudiengangs Informatik an der Hochschule Bremen würde dafür sprechen.

Was schlagen Sie konkret vor, um die Vereinbarkeit von Familie und Studium zu verbessern?

Wir brauchen eine bessere Kinderbetreuung vor allem auch zu ungünstigen Veranstaltungszeiten.

Was wollen Sie für den Ausbau von Teilzeitstudiengängen tun?

Teilzeitstudiengänge sind im Bremischen Hochschulgesetz vorgesehen und einen Ausbau würden wir begrüßen. Leider werfen sie Probleme der sozialen Sicherung auf, die wir aus Bremen nicht beeinflussen können. Sowohl das BAföG als auch die studentische Krankenversicherung zielen auf den/die Vollzeitstudierende ab. Deshalb sind sie in der Realität für Studierende, die auf diese Sicherungssysteme angewiesen sind, eher unattraktiv. Hier müssen wir zu einer Änderung der Rechtslage kommen.

Studienfinanzierung

Unterstützen Sie die Ausweitung des (elternunabhängigen) BAföG?

Immer noch werden zu viele Menschen aus materiellen Gründen davon abgehalten, zu studieren. Der Anteil an Studierenden, die nicht aus Akademikerfamilien kommen, muss höher werden. Grundlage hierfür ist u.a. eine gesicherte Studienfinanzierung. Hierfür werden wir uns auf Bundesebene einsetzen. Dabei bevorzugen wir ein Zwei-Säulen-Modell. Sämtliche Familienbeihilfen – wie z.B. Kindergeld und Steuerfreibeträge – sollen den Studierenden künftig von ihren Eltern unabhängig direkt ausgezahlt werden. Gleichzeitig wollen wir das BAföG elternabhängig weiterentwickeln.

Rot-Grün hat im November 2008 einen Darlehensfonds in Höhe von 60.000 Euro aufgelegt, um in Not geratene Studierende zu unterstützen. Sie bekommen ein zinsloses Darlehen, bis ihnen das zustehende BAföG gezahlt wird. Dies kommt insbesondere Studierenden mit Kindern zugute, die durch die Immatrikulation den Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II verloren haben und die ihnen zustehenden BAföG-Leistungen noch nicht erhalten. Sie sind erfahrungsgemäß zu Studienbeginn am häufigsten von finanziellen Engpässen betroffen. Das betrifft auch Studierende, deren Eltern ihrer Unterhaltspflicht oder ihrer Mitwirkungspflicht beim BAföG-Antrag nicht fristgerecht nachkommen. Das Darlehen erhalten junge Menschen maximal drei Monate, um eine finanzielle Notlage zu überbrücken.

Ein Großteil der Studierendenschaft ist auf Nebenjobs angewiesen: Was wollen sie konkret zur Verbesserung der Studienfinanzierung der Studierenden tun?

s.o.

Wie stehen Sie zu der Einführung von Tarifverträgen für studentische Hilfskräfte?

Diese Forderung ist von Studierenden bisher noch nicht an uns herangetragen worden. Wenn Bedarf an einer diesbezüglichen Diskussion besteht, stellen wir uns der gerne.

Was sagen Sie zu der Aussetzung der Leistungsanreize für BAföG-EmpfängerInnen?

Es war ein Fehler die Leistungsanreize bei der BAföG-Novellierung abzuschaffen. Studierende aus weniger begüterten Elternhäusern müssen die Chance haben, nach dem Studium nicht mit einem Schuldenberg da zustehen.

Wie stehen Sie zum Deutschland-Stipendium?

Wir Grüne lehnen das Deutschlandstipendium ab. Es wäre besser gewesen, das Geld für das Deutschlandstipendium für einen Ausbau des BAföG's einzusetzen. Diverse Studien belegen, dass bei derartigen Stipendien meist Studierende aus Akademikerfamilien zum Zuge kommen, aber nicht Studierende aus sog. bildungsbenachteiligten Schichten. Wir wollen die soziale Spaltung im Bildungssystem abbauen. Dafür ist das Deutschlandstipendium ungeeignet. Darüber hinaus treibt es die Regionen auseinander. In Regionen mit vielen Firmensitzen ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sich Unternehmen engagieren als in Regionen mit wenigen Firmensitzen.

Studentenwerk

Steigende Studierendenzahlen und steigende Nachfrage bei Serviceangeboten: Wird es mehr Geld für das Studentenwerk geben (z.B. für die Zuschüsse der psychologisch-therapeutischen Beratungsstelle, neue Wohnheime)?

Wir werden im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten das Studentenwerk unterstützen.

Sind Sie bereit, die anstehende Tarifierhöhung zu tragen?

Wie in der öffentlichen Verwaltung waren die sog. „Sonderhaushalte“, zu denen auch das Studentenwerk gehört, gehalten, für eine Tarifsteigerung von 0,9 Prozent Vorsorge zu treffen. Nach dem jetzigen Tarifabschluss ist geplant die darüber hinausgehende Tarifsteigerung zu übernehmen.

Die Esskultur unter den Studierenden verändert sich (Anspruch auf fair-trade Produkte, Intoleranzen, Vegane Küche), was zu höheren Kosten führt. Sind Sie bereit, diesen Bedürfnissen nachzugehen?

Wir würden es begrüßen, wenn das Angebot entsprechend den Bedürfnissen ausgebaut wird. Wir bezweifeln, dass die Versorgung mit Bioprodukten und fair-trade Produkten

immer zu höheren Preisen führt. Dennoch kommt es häufig vor, dass diese Produkte etwas teurer sind. Allerdings wie in der gesamten Gesellschaft auch ist es eine Frage der sozialen Verantwortung jedes/jeder einzelnen, wie viel ihm/ihr der Kauf von Bioprodukten wert ist.

Studienstruktur

Duale Studiengänge: Was halten Sie davon?

Duale Studiengänge sind eine gute Möglichkeit für Studierende, die gleichermaßen ein Studium und eine Ausbildung absolvieren wollen, bzw. für ArbeitnehmerInnen, die nicht aus dem Job aussteigen wollen und trotzdem ein Studium beginnen möchten. Unter dem Aspekt lebenslangen Lernens sowie der Anerkennung heterogener Bildungsinteressen ist diese eine gute Möglichkeit, mehr Menschen ein Studium zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der großen Arbeitslosigkeit ist es sehr verständlich, dass ArbeitnehmerInnen nicht so einfach ihren Job für ein Studium aufgeben. Für sie ist es eine gute Möglichkeit, beides miteinander zu verbinden.

Sollten alle studieninteressierten BachelorabsolventInnen einen Rechtsanspruch auf einen Masterplatz haben?

Wir Grüne sind der Auffassung, dass alle Studierende, die einen Masterabschluss machen wollen, dies auch tun können, sofern sie die Qualifikationsvoraussetzungen aus ihrem Bachelorabschluss und die Eingangsvoraussetzung für den Master mitbringen, d.h. wir wollen keine Zugangsquoten. Jede/r Studierende, der/die ein Bachelorstudium erfolgreich durchlaufen hat, muss die Chance auf eine Masterstudium bekommen.

Wie wollen Sie auf den Mangel der Referendariatsplätze in Bremen reagieren? (die Zahl der Lehramtsstudierenden wird z.B. durch doppelte Abiturjahrgänge noch zunehmen)

Der Generationenwechsel an den Schulen läuft auf Hochtouren. Deshalb gibt es nun vier Einstellungstermine für ReferendarInnen im Jahr. Der Übergang zwischen Studium und Job wird damit verbessert. Rot-Grün hat, um den Nachwuchs an Schulen zu fördern, zusätzlich aus kommunalen Mitteln der Stadt Bremen weitere ReferendariInnen eingestellt. Die Kommune Bremerhaven und die dort regierende rot-schwarze Koalition sind dem nicht gefolgt. Diese Aufstockung dient auch der Bedarfsdeckung in Mängelfächern.

Für wie demokratisch halten Sie die aktuelle Hochschulstruktur? Was würden Sie gerne verändern?

An den Hochschulen im Lande Bremen gibt es noch eine echte akademische Senatsverfassung. Sie gilt als eine der demokratischsten in ganz Deutschland. Wir sind froh, dass wir nicht wie in anderen Bundesländern Hochschulräte haben. Wir Grüne haben bei der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes im letzten Jahr darauf gedrungen, dass die Beteiligung von Frauen erhöht wird. So soll die Beteiligung von Frauen in Berufungs-

kommissionen und allen anderen Gremien mindestens 40% betragen. Dennoch können wir uns weitere Demokratisierungsprozesse vorstellen. Auch wenn es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gibt, welches die Stimmenmehrheit für Professorinnen und Professoren festschreibt, sollte überlegt werden, ob zumindest bei Fragen welche die Lehre betreffen, Studierende einen größeren Einfluss erhalten. Schließlich geht es um ihre Zukunftschancen.

Wie stehen Sie zur Aufnahme einer Zivilklausel ins BremHG?

In den §§ 7 und 7a sind diverse diesbezügliche Fragen angesprochen. Es ist sicher möglich, diese Paragraphen im Sinne einer echten Zivilklausel auszubauen, wobei aber immer die Abwägung mit der grundgesetzlich garantierten Forschungsfreiheit beachtet werden muss. Zum jetzigen Zeitpunkt favorisieren Grüne eher den Weg von freiwilligen Selbstverpflichtungen aller Hochschulen eine Zivilklausel in ihren Satzungen einzuführen, bzw. dass die Universität ihre Zivilklausel von 1986 den modernen Herausforderungen anpasst. Wir sind allerdings auch offen für eine Diskussion, dies über das Bremische Hochschulgesetz zu regeln.